

Antrag der Fraktion der SPD

### **10-Minuten-Stadt: Die Nahversorgung in Bremer und Bremerhavener Stadtteilen und Quartieren sicherstellen**

Der Gang zum Supermarkt, zur Apotheke oder zur Post ist fester Bestandteil unseres alltäglichen Lebens und sichert auch insbesondere älteren Menschen neben der Daseinsvorsorge wichtige soziale Teilhabe im Quartier. Damit reicht die Bedeutung der Nahversorgung deutlich über die Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen in kurzer Entfernung von der Wohnung oder dem Wohnort hinaus.

Um Menschen jeden Alters und unabhängig von Einschränkungen möglichst barrierefrei den Zugang zu dieser Infrastruktur und sozialer Teilhabe zu garantieren, ist eine kurze Entfernung ausschlaggebend. Bremen und Bremerhaven sollen jeweils zu einer 10-Minuten-Stadt werden. Die Nahversorgung spielt dabei eine zentrale Rolle. Alle Bremer:innen und Bremerhavener:innen sollen innerhalb von 10 Minuten Güter des täglichen Bedarfs einkaufen sowie eine Apotheke oder eine Postannahmestelle erreichen können.

Ende 2020 wurde das Zentren- und Nahversorgungskonzept für die Stadt Bremen, mit dem die Bremer Zentren in Bezug auf die Einzelhandelsentwicklung gestärkt und gesichert sowie die Nahversorgung erhalten werden soll, fortgeschrieben. Dieses Konzept ist eine wichtige Grundlage für eine gute Nahversorgung für die Stadt Bremen. Dennoch kann es vereinzelt dazu kommen, dass die Nahversorgung in direkter Nähe zum Wohnort (zeitweise) nicht gesichert ist und längere Wege zurückgelegt werden müssen.

Ist vor Ort kein entsprechendes Angebot eines Lebensmittelhandels, einer Apotheke oder einer Post vorhanden, so ist die Politik in der Verantwortung und sollte einen Prozess initiieren, um Anbieter für eine gute Nahversorgung mit Gütern des täglichen Lebens im Quartier zu gewinnen. Dies steigert die Wohnqualität und Attraktivität der Bremer und Bremerhavener Stadtteile und Quartiere und dient dem Wohlbefinden im Quartier.

Als Voraussetzung für einen erfolgreichen Gesprächsprozess mit Anbieter:innen, sollen unterschiedliche Unterstützungsmaßnahmen für Gebiete mit mangelnder Nahversorgung und insbesondere dem Lebensmittelhandel geprüft werden, darunter ein Landesförderprogramm, das Anbieter:innen finanzielle Anreize zur Ansiedlung zusichert sowie steuerliche Begünstigungen für Anbieter:innen.

Ebenfalls ist zu prüfen, ob die Initiative des Bremer Unternehmens enso eCommcerce GmbH, die mit „Tante Enso“ rund um die Uhr geöffnete stationäre Mini-Supermärkte im unterversorgten ländlichen Raum schafft, auf urbane Räume wie Bremen und Bremerhaven übertragen werden kann.

In Bremen besteht mit dem „Bremischen Gesetz zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungsquartieren“ bereits seit 2006 zudem die Möglichkeit, sogenannte Business Improvement Districts, die in Bremen als Innovationsbereiche genannt werden, einzurichten. Auf Initiative und in Eigenregie der Grundeigentümer:innen können in einem festgelegten Gebiet und Zeitraum gemeinsam Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, um Quartiere aufzuwerten und so auch neue Anreize zur Ansiedlung des Einzelhandels im Quartier zu schaffen. Diese Möglichkeit sollte zugunsten einer besseren Versorgung der Bevölkerung im Quartier weiter intensiv öffentlich beworben werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. aufbauend auf dem Zentren- und Nahversorgungskonzept zu prüfen, inwieweit eine kleinräumige Versorgung der Quartiere mit Gütern des täglichen Lebens nicht gesichert ist. Wo die entsprechenden Angebote nicht ausreichend vorhanden sind, soll der Senat einen Gesprächsprozess mit Anbieter:innen initiieren, mit dem Ziel, möglichst zeitnah eine gute und angemessene Nahversorgung mit Gütern des täglichen Lebens sicherzustellen. Dies ist analog gegenüber dem Magistrat für Bremerhaven anzuregen. Dabei ist auch die Einbeziehung Bremer und Bremerhavener City- und Stadtteilinitiativen zu prüfen;
2. unterschiedliche Unterstützungsmaßnahmen für Gebiete mit mangelnder Nahversorgung, insbesondere dem Lebensmittelhandel, zu prüfen, wie beispielsweise
  - a. ein Landesförderprogramm, durch das Anbieter:innen finanzielle Anreize zur Ansiedlung erhalten,
  - b. steuerliche Begünstigungen für Anbieter:innen,
  - c. die Übertragbarkeit der Initiative „Tante Enso“ auf Bremen und Bremerhaven;

3. in der Stadt Bremen aktiv Business Improvement Districts zu bewerben, die in Quartieren eingerichtet werden können und geeignet sind, neue Gewerbetreibende für das Quartier zu gewinnen;
4. der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit und der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung ein Jahr nach Beschlussfassung zu berichten.

Falk Wagner, Volker Stahmann, Martin Günthner,  
Mustafa Güngör und Fraktion der SPD